

LINKE. Familienpolitik: emanzipatorisch, solidarisch, sozial gerecht!

Erklärung des Frauenplenums der Bundestagsfraktion DIE LINKE. beschlossen am 30.1.2007

Es ist kein Zufall, dass die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge einhergeht mit den Rufen nach verstärkter Privatisierung der Haus- und Sorgearbeit zu Lasten von Frauen. Wir werden einen solchen gesellschaftlichen Roll-Back verhindern, weil er die schwer erkämpften Fortschritte auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben von Frauen zunichte machen würde!

Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen für einander soziale Verantwortung übernehmen - unabhängig von Tauschein, sexueller Orientierung und auch jenseits traditioneller Partnerschaftsmodelle! Familien brauchen gerade heute gesellschaftliche Solidarität, die familiäre Solidarität ermöglicht und fördert. Sozial gerechte Familienpolitik heißt für uns, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen konsequent verwirklichen.

Die Anerkennung der Vielfalt selbstbestimmter Lebensweisen geht für uns einher mit dem Anspruch auf gleiche Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen. Aber Familienpolitik darf nicht ausblenden, dass die Geschlechterverhältnisse nach wie vor patriarchal verfasst sind. In einigen Facetten verfestigen oder rekonstruieren sie sich aktuell. Die ungleiche Verteilung von unbezahlter (Familien)Arbeit und Erwerbsarbeit zu Lasten der Frauen prägt die bestehenden Geschlechterverhältnisse. **Das traditionelle, konservative Familienleitbild zementiert die patriarchale Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.**

Hingegen ist linke demokratisch-sozialistische Politik vom Leitmotiv der freien Entfaltung der Persönlichkeit unabhängig von traditionellen Geschlechterrollen ebenso getragen wie von der Gleichrangigkeit sozialer und freiheitlicher Rechte.

Der Mann als Hauptverdiener und Ernährer der Familie, die Frau als Mutter oder bestenfalls Zuverdienerin - dieses Leitmotiv des patriarchalen Ernährermodells muss überwunden werden. Da es sich in der Realität längst überholt hat, erst Recht für Menschen mit ostdeutscher Biographie. Viele Frauen und Männer können oder wollen so nicht mehr leben. **Alleinlebende oder -erziehende sind eine wachsende gesellschaftliche Gruppe, auf die sich das Ernährermodell besonders diskriminierend auswirkt. Seine stützenden Instrumente müssen daher ersetzt werden durch das Individualrecht auf Existenzsicherung.**

Das bedeutet kurz-, mittel und langfristig:

- **die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens (z. B. in den Bedarfsgemeinschaftsmodell beim ALG II);**
- **des Ehegattensplittings;**
- **der Mini- und Midi-Jobs sowie der**
- **Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen.**

Auch die Entgeltdiskriminierung und die Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind als Grundlage einer eigenständigen Existenzsicherung zentrale Felder der aktuellen politischen Auseinandersetzung.

Ziel der LINKEN ist es, die Bedingungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Erziehung, Pflege und im Haushalt aufzuheben bzw. zurückzudrängen, denn sie bringen die ungleiche Verteilung dieser Arbeit in den Familien hervor und reproduzieren sie. Dabei geht es uns um einen Wertewandel, der die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen verändert. Damit nicht alles bleibt, wie es ist, streiten wir für eine gerechte Verteilung der Haus- und Erwerbsarbeit.

Sorge für Menschen- unabhängig davon, in welchen Formen sie stattfindet, ob in der Kern- oder Großfamilie, in der Wohngemeinschaft, in Tagesstätten oder Heimen, in Wahlverwandtschaften- ist für uns kein privates Problem, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese muss auch gesellschaftlich/staatlich gelöst werden. Eine Voraussetzung dafür ist eine konsequente Arbeitszeitverkürzung einschließlich der Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit auf mehr Menschen.

Die Einführung eines „Erziehungsgehaltes“¹ ist aus unserer Sicht ein Irrweg, weil es den Verzicht auf Erwerbsarbeit voraussetzt und somit Frauen an „Haus und Herd“ bindet. Es kann keine LINKE Perspektive sein, die zunehmend familien- und kinderfeindliche Arbeitswelt, die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben und die schlechten finanziellen Bedingungen für viele Eltern und Alleinerziehende mit einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse ausgleichen zu wollen!

Wir wollen die diskriminierenden gesellschaftlichen Bedingungen ändern und sie nicht nur erträglicher machen. Wir wollen die traditionelle Arbeitsteilung, in der die Erziehung von Kindern unverhältnismäßig zum Nachteil eines der beiden Partner verteilt wird, bzw. bei Alleinerziehenden zur Armutsfalle werden kann, beseitigen statt sie staatlich zu subventionieren. **Stattdessen fordern wir, die derzeitigen familien- und kinderpolitischen Instrumente hinsichtlich der Wirkung zu überprüfen. Notwendig ist ein Netzwerk aus staatlichen, kommunalen, gesellschaftlichen Organisationen und freien Trägern zur Unterstützung von Familienarbeit. Diese müssen finanziell und personell gestärkt, statt kaputt gespart werden!**

LINKE Politik sieht Sorgearbeit nicht als privates Problem, zu klären ist, wie Sorgearbeit ermöglicht und betreuungs- oder pflegebedingte Berufsausstiegszeiten individuell und sozial abgesichert werden können. Ein wesentlicher Schwachpunkt des derzeitigen patriarchalen Modells ist die finanzielle Abhängigkeit durch die indirekte Förderung von Sorgearbeit über den (ehelichen) Ernährer.

Nach unseren Vorstellungen sollen dagegen alle Eltern und Alleinerziehende die Möglichkeit erhalten, Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, zeitweise pflegebedürftige Familienmitglieder zu versorgen und trotzdem berufliche Chancen, Bildungsmöglichkeiten und soziales Engagement zu leben. Das bedeutet, das die zeitweise Unterbrechung oder Reduzierung einer Erwerbstätigkeit aus familiären Gründen gesellschaftlich anerkannt und daher sozial abgesichert werden muss, unter anderem durch ein sozial ausgestaltetes Elterngeld.“²

Statt einem pauschalen „Erziehungsgehalt“ ist das Elterngeld eine individualisierte Lohnersatzleistung, die nach der Geburt eines Kindes, eine Betreuungsphase finanziell absichert und persönliche Abhängigkeit vermeidet. Daher findet es – eine soziale und emanzipatorische Ausgestaltung vorausgesetzt - unsere Zustimmung.

¹ Das sozialversicherungspflichtige Erziehungsgehalt!“Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE.SAAR

² Siehe sinngemäß Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE. 16/1877 „Elterngeld sozial gestalten“.

Am gerade verabschiedeten Bundeselterngeldgesetz kritisiert DIE LINKE neben den sozialen Benachteiligungen aus gleichstellungspolitischen Gründen, vor allem die finanzielle Bestrafung des gleichzeitigen Teilzeiterngeldbezuges der Eltern.

Denn Eltern, die nach geltender Rechtslage gleichzeitig ihre Erwerbstätigkeit reduzieren und gemeinsam für das Kind sorgen, erhalten nur 7 anstatt 14 Monate Elterngeld. Das halten wir für ein fatales Signal in Richtung Gleichstellungspolitik!

Die Verknüpfung der Zahlung eines Erziehungsgebietes mit einem staatlichen Überwachungssystem für alle Eltern, sehen wir skeptisch. **Aus Sicht des Frauenplenums der Bundestagsfraktion DIE LINKE. darf sich der Staat nicht zum Überprüfer der Fürsorge- und Erziehungsleistung erklären.** Dies wäre aus linker und emanzipatorischer Sicht ein gefährlicher Weg. **Stattdessen brauchen wir ein kooperatives Leitmotiv der Familienpolitik, das die Stärkung und Weiterentwicklung der Instrumente der Kinder- und Jugendhilfe beinhaltet.** „Leitbild des Kinderschutzes muss ein vorbeugender und dienstleistender Sozialstaat sein.“³

„Der Generalverdacht der Vernachlässigung von Kindern, wird der Mehrheit der Frauen und Familien nicht gerecht, die trotz schwieriger ökonomischer Bedingungen, die Entwicklung fördern und liebevoll begleiten. Gegen Forderungen nach Beratungsangeboten, insbesondere bereits während der Schwangerschaft, spricht nichts, solange sie stets das Element der Freiwilligkeit betonen“⁴ Notwendig ist die Stärkung der Angebote für Familien und Alleinerziehende, insbesondere die Bereitstellung einer hochwertigen, beitragsfreien und ganztägigen Betreuungsinfrastruktur als Rechtsanspruch für jedes Kind und jeden Jugendlichen. Dem Ziel des Kinderschutzes dient die Stärkung von Orten, an denen sich Kinder gemeinsam aufhalten, stärker als eine vom „Staat“ verordnete „Familienberaterin“.

„Wir wollen einen neuen Geschlechtervertrag, der sich an einer gerechten Arbeitsteilung, einem gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit, einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und an einem Leben frei von einengenden Rollenklischees orientiert. Unser Ziel ist die eigenständige Existenzsicherung jedes Menschen, als Grundlage für ein selbst bestimmtes Leben- unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Alter oder Gesundheitszustand.“⁵

³ „Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE für einen verbesserten Schutz des Kindeswohls“- beschlossen am 28.11.2006

⁴ „Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE für einen verbesserten Schutz des Kindeswohls“- beschlossen am 28.11.2006

⁵ „Für einen neuen Geschlechtervertrag- eine gleichstellungspolitische Positionsbestimmung“- beschlossen vom Parteivorstand der Linkspartei.PDS am 9.12.2006